



Antrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Privilegierung von Batteriespeichern, Wärmespeichern und Anlagen zur klimaneutralen Wärmeerzeugung ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine Privilegierung von Batteriespeichern sowie Anlagen zur Wärmespeicherung und klimaneutralen Wärmeerzeugung nach § 35 Abs. 1 BauGB ermöglicht werden soll. Batteriespeicher sollen dann als privilegierte Bauvorhaben i.S.v. § 35 BauGB definiert werden, wenn diese beispielsweise im räumlichen-funktionalen Zusammenhang mit einer Anlage für Erneuerbare Energien oder im direkten Umfeld von Umspannwerken netzdienlich betrieben werden.

Die für die Dekarbonisierung des Wärmesektors wichtigen Anlagen zur klimaneutralen Wärmeversorgung, Wärmespeicherung, und klimaneutralen Wärmeerzeugung sollen dann als privilegierte Bauvorhaben i.S.v. §35 BauGB definiert werden, wenn diese im Zusammenhang mit der gebäudebezogenen Wärmeversorgung stehen und nicht mit zumutbarem wirtschaftlich-technischem Aufwand im Innenbereich realisierbar sind.

Begründung:

Batteriespeicher spielen eine entscheidende Rolle für den Erfolg der Transformation unseres Energiesystems. Sie sind unerlässlich sowohl für die Speicherung von Energie als auch für die Gewährleistung der Stabilität des Stromsystems und -netzes. Um dieser Bedeutung gerecht zu werden, ist es sinnvoll, eine baurechtliche Privilegierung von Batteriespeichern in §35 BauGB, insbesondere im Bereich von Umspannwerken, zu schaffen und umzusetzen, um eine rechtssichere Umsetzung der Bauvorhaben zu gewährleisten. Bisher wurde regelmäßig keine

Ortsgebundenheit festgestellt, sodass der Grundsatz zur Schonung des Außenbereichs galt

Um die Dekarbonisierung des Gebäudesektors voranzutreiben, ist der Wärmesektor von großer Bedeutung. Eine Privilegierung von Anlagen zur klimaneutralen Wärmeversorgung, Wärmespeicherung und klimaneutralen Wärmeerzeugung nach §35 BauGB kann dort ein wichtiger Baustein für die Zielerreichung sein.

Andreas Hein
und Fraktion

Ulrike Täck
und Fraktion